

EU Taxonomie und der Vorstandsvorsitzende der BASF, Dr. Brudermüller

geschrieben von Prof. Dr. Horst-Joachim Lüdecke | 13. Januar 2022

Auch wenn die EU Taxonomie durch die neuen Vorschläge, Kernenergie und Gas als nachhaltig einzustufen, insgesamt kaum besser wird, so zeigt sie doch, dass die EU wenigstens verstanden hat, dass der Plan für einen Green Deal, schon bevor er überhaupt umgesetzt werden konnte, zum alten Eisen gehört.

Von Andrea Andromidas und Prof. Dr. Horst-Joachim Lüdecke

Deshalb hat man nun beschlossen, Investitionen in moderne Kernkraft- und Gastechnik mit Hilfe der neuen Taxonomie zu fördern. Damit sind aber auch Phantasien, die deutsche Energiewende sei ein leuchtendes Beispiel für den Rest der Welt, endgültig vom Tisch gefegt. Entsprechend laut ist das Geschrei der grünen Ideologen.

Die entscheidende Frage aber lautet jetzt: Wird wenigstens die deutsche Industrie den Anschluss finden? Man muss leider daran zweifeln, überall ist nur Kotau vor Grün zu finden.

Die frisch gedruckte Ausgabe des Magazins „TREND“ des Wirtschaftsrates der CDU e.V., welches jedem Mitglied zugestellt wird (Mitglied im Wirtschaftsrat der CDU bedeutet nicht, auch automatisch Mitglied der CDU zu sein, jeder kann Mitglied im Wirtschaftsrat werden), präsentiert ganz ungeniert, selbst nach dem Scheitern der COP 26 Konferenz in Glasgow, frisch und munter die alten Lügen und den gleichen Unsinn.

Allen voran Prof. Edenhofer, gefolgt von Friedrich Merz, Markus Söder, Vertretern der Banken, der EU, den Energiekonzernen und natürlich des Wirtschaftsrates, von dem man eigentlich etwas mehr Sachverstand erwarten sollte. Sie alle folgen weiterhin der verrückten Vorstellung, dass man nicht nur eine Industrienation wie Deutschland mit verschwindend geringen Leistungsdichten des Mittelalters (bewegte Luft und Sonneneinstrahlung) erfolgreich in die Zukunft führen könne, sondern dass hier sogar ein deutsches und europäisches Vorbild für die Welt entstünde! Das Gelächter in China, Afrika, Russland,... über diesen Schwachsinn hat bereits homerisches Ausmaß.

Gerade das, worauf man in Deutschland mit Recht besonders stolz ist, nämlich auf den produktiven Mittelstand mit seinen vielfach erwähnten „Champions“, kommt durch diese katastrophal falsche Wirtschaftspolitik unter den Hammer. Das permanente Gerede von Effektivität dient lediglich

der Täuschung. In Wirklichkeit wird eine über Jahrhunderte entstandene Produktivität durch den Ausbau der flächen-, materialfressenden und wetterabhängigen Technik mit ihren mittelalterlichen Leistungsdichten (von Wind und Sonne) abgrundtief dumm, ideologiegetrieben und systematisch zerstört.

Beispielhaft für grüne Phantasiegebilde steht ausgerechnet der Beitrag des Vorstandsvorsitzenden der BASF, Dr. Martin Brudermüller, im Magazin TREND. Brudermüller verspricht die „große Transformation“ der inländischen Industrie mit den neuen grünen Technologien. In folgendem Zitat wird von uns lediglich der ohnehin sachlich falsche Ausdruck „erneuerbar“ durch „wetterabhängig“ ersetzt, damit der sachliche Irrsinn der Aussage Brudermüllers noch etwas prägnanter wird. Der aus dem Magazin TREND zitierte Text ist ansonsten unverändert:

*„Alle diese Technologien haben eines gemeinsam: sie brauchen riesige Mengen an **wetterabhängigem** Strom. Das gilt nicht nur für die chemische Industrie, sondern für alle Industriezweige. Daraus leitet sich eine sehr wichtige und dringende Aufgabe für die Politik ab: Deutschland braucht ausreichend **wetterabhängigen** Strom, er ist die Basis für die Erneuerung der Industrie. Zugleich müssen diese **wetterabhängigen** Energien natürlich zu wettbewerbsfähigen Preisen verfügbar sein. Wir bei BASF wollen nicht länger warten. Deshalb haben wir uns entschlossen, die zusätzlichen Mengen an **wetterabhängigen** Energien selbst zu produzieren. Für die Energiewende sehe ich fünf Prioritäten: Erstens den konsequenten Ausbau der **wetterabhängigen** Energien. Dazu müssen wir die Planungs- und Genehmigungsverfahren viel schneller hinbekommen und vereinfachen. Wir brauchen europaweit einen massiven Ausbau an **wetterabhängigen** und die weitere Marktintegration von **wetterabhängigem** Strom. Zweitens muss der Strom von Abgaben befreit werden, um den Einsatz in der Industrie zu ermöglichen. Drittens gilt es, die Infrastruktur zu stärken. Viertens müssen wir die Wasserstoffwirtschaft rasch aufbauen und fünftens die Zusammenarbeit von Politik und Industrie stärken. Wir wollen die Transformation schaffen. Unsere Industrie muss aber auch in Zukunft global wettbewerbsfähig sein. Innovative Chemieprodukte sind an anderer Stelle auch die Basis, um die Ziele des Green Deals zu erreichen. Europa wird seine Klimaschutzziele nur erreichen, wenn wir gleichzeitig unseren Wohlstand erhalten. Das ist die einzige Möglichkeit, dass das europäische Modell wirklich zum Vorbild für die Welt werden kann. Ich kann Ihnen nur sagen: BASF wird alles tun, damit das klappen wird.“*

Werner von Siemens, Ludwig Erhard und alle weiteren erfolgreichen Industrieführer der deutschen Vergangenheit drehen sich im Grabe angesichts dieses sachlichen Schwachsinn. Nicht wenige Besitzer von BASF-Aktien scheinen inzwischen sogar zu überdenken, ob sie noch Anteile an einem Unternehmen halten sollen, von dessen Führung sie annehmen müssen, sie sei nicht mehr ganz klar im Kopf. Zur Zeit noch rund 39.000 Arbeitsplätze in Ludwigshafen erhält man auf Dauer nicht mit feigem Appeasement oder sogar Kopieren des grünen Wahnsinns (siehe BASF Beteiligung an offshore Windanlagen), sondern nur mit konsequentem

Widerstand dagegen.

Möglich wäre dieser Widerstand, denn die BASF ist ein Weltunternehmen. Der Weg des Widerstands steht mit der neuen EU-Taxonomie jetzt frei, erst einmal nur mit Gas. Aber sogar Kernenergie im oder der Nähe des Stammwerks Ludwigshafen – den ernsthaften Plan dazu gab es schon einmal – ist eine Zukunftsoption. Das deutsche Ausstiegsgesetz zur Kernenergie dürfte gegen die EU Taxonomie beim Gerichtshof der EU nämlich kaum Bestand haben.

Die Klimaschau von Sebastian Lüning: Solarenergie, wo macht sie Sinn, wo nicht?

geschrieben von AR Göhring | 13. Januar 2022

Die Klimaschau informiert über Neuigkeiten aus den Klimawissenschaften und von der Energiewende. Themen der 88. Ausgabe:

0:00 Begrüßung

0:26 Ein Besuch bei der größten Solarfarm Portugals

6:32 Ausverkauf des ostdeutschen Ackerlands an Solar-Investoren

11:14 Winter-Sonnenstrom aus dem Hochgebirge

Die Klimaschau unterstützen können Sie hier:

<http://klimaschau.tv/spenden.htm>

Thematisch sortiertes Beitrags-Verzeichnis aller Klimaschau-Ausgaben:

<http://klimaschau.tv>

BILDLIZENZEN:

Foto Guadiana Alcoutim: Jose A.

([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Alcoutim_\(Portugal\)_\(32402513594\).jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Alcoutim_(Portugal)_(32402513594).jpg)), „Alcoutim (Portugal) (32402513594)“,

<https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/legalcode>

Foto Castelo Alcoutim: Jose A.

([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Alcoutim_\(Portugal\)_\(32402508414\).jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Alcoutim_(Portugal)_(32402508414).jpg)), „Alcoutim (Portugal) (32402508414)“,

<https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/legalcode>

Foto Guadiana Sicht nach Spanien: Vitor Oliveira from Torres Vedras, PORTUGAL

([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Rio_Guadiana_-_Alcoutim_-_Portugal_\(45888889984\).jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Rio_Guadiana_-_Alcoutim_-_Portugal_(45888889984).jpg)), „Rio Guadiana – Alcoutim – Portugal (45888889984)“,

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/legalcode>

Foto Via Algarviana Alcoutim: Jose A.

([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Alcoutim_\(Portugal\)_\(3309004401](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Alcoutim_(Portugal)_(3309004401)

2).jpg), „Alcoutim (Portugal) (33090044012)“,
<https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/legalcode>
Foto Segelboote Alcoutim: Jose A.
([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Alcoutim_\(Portugal\)_\(33117960091\).jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Alcoutim_(Portugal)_(33117960091).jpg)), „Alcoutim (Portugal) (33117960091)“,
<https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/legalcode>
Foto Solarpark Werneuchen: Photographer Paul Langrock on demand of
Sibylle Chemnitz (EnBW)
(https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Online_72_DPI-Solarpark_Weesow-Willmersdorf.jpg),
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode>
Verwendung der Bilder und Videos von AlpinSolar mit freundlicher
Genehmigung der Firma Axpo.
Alle anderen ungekennzeichneten Bilder: Pixabay.com

Strahlentod in Hiroshima: Was wissen wir nach 76 Jahren?

geschrieben von Admin | 13. Januar 2022

Dr. Lutz Niemann (Vorwort)

Das Wort „Hiroshima“ ist gleichbedeutend für einen der bisher größten Schrecken der Menschheitsgeschichte. Tatsächlich sind Kernwaffen ein wirklicher Horror, vor dem die Menschheit unbedingt geschützt werden muß. Zweimal fielen Kernwaffen auf Städte, das waren Hiroshima und Nagasaki in Japan, wodurch der zweite Weltkrieg in Fernost beendet wurde. Es gibt einen guten gebildeten Bericht zu der ersten Explosion von einem exzellenten Fachmann, Herrn Dr. Walter Rüegg aus der Schweiz. Dieser ausführliche Bericht soll hier der interessierten Fachwelt zur Verfügung gestellt werden, er wird im Anschluß an die folgende kurze Zusammenfassung als pdf lesbar angehängt.

Von Dr. Walter Rüegg

Am 6. August 1945, um 8:15, fiel eine Uranbombe mit einer Sprengkraft von 15'000 Tonnen TNT auf Hiroshima. Im Stadtzentrum starben die Bewohner einen 4-fachen Tod: Druckwelle, Hitzestrahlung, Feuersturm und radioaktive Strahlung. Letztere forderte mit Abstand die wenigsten Opfer (weniger als 10%, inklusive Langzeitopfer), trotzdem wird sie am meisten gefürchtet. Zur Zeit der Explosion befanden sich etwa 300'000 Menschen in Hiroshima. Rund ein Drittel starb an den akuten Folgen (die Mehrzahl auf Grund von schweren Brandwunden durch Hitzestrahlung und Feuersturm), ein weiteres Drittel wurde verletzt und zum Teil auch bestrahlt, erholte sich aber. Das letzte Drittel blieb unverletzt. Die bestrahlten

Überlebenden (rund 54'000) werden in der grössten medizinischen Studie aller Zeiten fortlaufend gründlich untersucht, bis heute. Viele der stark bestrahlten Überlebenden wurden strahlenkrank, praktisch alle erholten sich in 1-2 Monaten und führten anschliessend ein gesundheitlich normales Leben. Im Alter stieg aber die Krebsrate etwas steiler an als bei unbestrahlten Personen.

Leider (oder besser gesagt zum Glück) ist es recht schwierig, die Langzeitfolgen einer Bestrahlung zu bestimmen. Der Hauptgrund dafür ist die Tatsache, dass die Folgen von kleinen und mittleren Dosen relativ klein sind und in den natürlichen Variationen der Gesundheit, insbesondere der Krebsrate, untergehen. Rauchen, Trinken, Chemikalien, Viren, Entzündungen, Ernährung, Übergewicht, Bewegung, Umwelt, sozio-ökonomischer Status, Stress und genetische oder epigenetische Faktoren wirken oft stärker krebsfördernd. Ein sorgfältiger statistischer Vergleich zwischen den bestrahlten und den unbestrahlten Überlebenden von Hiroshima und Nagasaki ergab bis heute etwa 1000 zusätzliche Krebstodesfälle, ein Maximum von 20-30 Fälle pro Jahr wurde um 2010 erreicht. Daraus wurde berechnet, dass eine Schockbestrahlung von 20% der tödlichen Dosis (1 Sv) die Krebsrate im Alter um etwa 10% erhöht. Die bestrahlten Überlebenden starben aus diesem Grunde im Mittel etwa 4 Monate früher. 2021 lebten noch rund 10'000 aus der Gruppe der bestrahlten. Das Durchschnittsalter ist 84 Jahre, nicht wenige sind über 100 Jahre alt, bei guter Gesundheit. Klar ist: Ein schlechter Lebenswandel (Rauchen, Trinken, Bewegungsmangel, Übergewicht, Diät...) ist für die Überlebenden gefährlicher als die Strahlung.

Neben den Langzeiteffekten zeigten sich auch Kurzzeiteffekte: Eine heftige Bestrahlung zwischen der 8. und 15. Schwangerschaftswoche konnte eine Mikrozephalie auslösen, dadurch wurde vor allem die spätere geistige Entwicklung der Kinder negativ beeinflusst. Knapp 5% von insgesamt 467 bestrahlten Föten waren davon betroffen. Die gute Nachricht: Es wurden keine Missbildungen beobachtet wie z.B. beim Medikament Contergan welches um die 10'000 schwere Missbildungen verursachte. Die noch bessere Nachricht: Auch bei den 77'000 Nachkommen der Überlebenden fand man weder eine erhöhte Missbildungsrate noch sonstige spätere negative Wirkungen, selbst nicht bei Kindern von sehr stark bestrahlten Eltern.

Die Resultate der Untersuchungen der Opfer der beiden Bomben gelten heute als die zuverlässigste Quelle über die Wirkungen von radioaktiven Strahlen, zumindest bei Schockdosen. Klar scheint, dass kleine bis mittlere Schockdosen (bis etwa 0.5 Sv oder 10% der tödlichen Dosis) kaum einen Einfluss auf die Gesundheit haben. Schliesslich bestrahlt uns die Natur im Laufe des Lebens mit durchschnittlich 0.35 Sv (in der Schweiz, gemäss Bundesamt für Gesundheit), mit Spitzen von weit über 1 Sv. Trotzdem liegen heute die Grenzwerte bei extrem tiefen 0.001 Sv/Jahr (0.02% der der tödlichen Dosis), man beruft sich auf das Vorsorgeprinzip und auf die Hypothese der linearen Dosisabhängigkeit ohne Schwelle («auch die winzigste Dosis könnte ein – winziges – Risiko darstellen»).

Wir leben im Zeitalter der Forderung nach Null Risiko – und vergessen, dass das Risiko zu sterben 100% beträgt.

Hiroshima

Wer will kann die Datei hier herunterladen.

Sofortprogramm „Klimaschutz“: Habecks Rechnung ohne Sonne und Wind

geschrieben von Admin | 13. Januar 2022

Wirtschafts- und Klimaminister Habeck (Grüne) stellt seine Pläne für mehr „Klimaschutz“ vor



von Holger Douglas

Es fehlt bei Robert Habeck und seinem Staatssekretär Patrick Graichen weiterhin völlig eine Idee, woher denn die Energie künftig kommen soll, wenn die Sonne nicht scheint und der Wind nicht bläst.

„Klimaschutzminister“ Robert Habeck will die Geschwindigkeit der Emissionsminderung verdreifacht sehen, so verkündete er bei der Vorstellung seiner „Eröffnungsbilanz Klimaschutz“. Nein, er hat nicht festgestellt, dass China und Indien die größten „Klimaverschmutzer“ der Erde sind und Deutschland kaum zwei Prozent zum von menschlichen Aktivitäten emittierten CO2 beiträgt. Sein Dilemma: Er kann schlecht sagen, es seien zu wenige Kohle- und Kernkraftwerke ausgeschaltet worden. Da erwiesen sich CDU und SPD in der Merkel-Regierung grüner als die Grünen und führten das Noch-Industrieland Deutschland in eine Energiekatastrophe, deren Umfang erst langsam für weitere Kreise sichtbar und spürbar wird.

So verlegt er sich vor allem auf Wortgeklingel: „Die Geschwindigkeit der Emissionsminderungen müsse verdreifacht werden“, wieder mal soll ein neues „Klimaschutz“-paket kommen, ein erstes bis Ende April, ein zweites bis Sommer. Von „Klimaschutz-Sofortprogramm“ ist die Rede, Sektoren auf einen Zielpfad bringen und Maßnahmen in die Wege leiten. Der Text klingelt nur so von »Gesetzen, Verordnungen und Maßnahmen«, »Ausschreibungsschwellen«. Zu dem schönsten Spruch dürfte gehören: »Öffnung der Flächenkulisse für Freiflächenanlagen«. Statt Ackerbau künftig also noch mehr Fotozellen in der Landschaft.

Das, was für jede Industrieanlage vorgeschrieben ist, fehlt hier vollkommen: der Entsorgungspfad. Wohin der gefährliche Sondermüll kommen soll, wird nicht aufgeführt. Dafür macht Habeck der Sonne Dampf: „Wir entfesseln die Solarenergie mit einem Solarbeschleunigungspaket.“

Sonne und Wind haben in diesem Jahr zwar erstaunlich wenig geliefert, ohne Kohle und Kernkraftwerke wäre Deutschland vor allem im vergangenen Herbst in Dunkelheit versunken. Doch Habeck setzt sich an die grüne Spitze: mehr Windräder, mehr Solarflächen, Wasserstoff als letztes Rettungsmärchen, mit dem auch schon Vorgänger Altmaier den öffentlichen Raum deformiert hatte.

Habeck führt den Strompreisschwindel seines Vorgängers Altmaier fort. Genervt von der Kritik, Deutschland habe die höchsten Strompreise weltweit, hatte der eine Reduzierung der sogenannten EEG-Umlage eingeleitet und über die CO₂-Steuer den Stromkunden als Steuerzahler weiterhin abgezockt. Die Steuer hat den Vorteil, dass sie jedes Jahr mehr liefert, weil sie automatisch von Jahr zu Jahr erhöht wird.

Es fehlt bei Habeck und seinem Staatssekretär Patrick Graichen weiterhin völlig eine Idee, woher denn die Energie künftig kommen soll, wenn die Sonne nicht scheint und der Wind nicht bläst. Da gibt es eigentlich nur die Kernkraft. Strom wird dann eben von den Kernkraftwerken gekauft, die die Nachbarländer rings um Deutschland bauen. Doch bis die stehen und gar Strom liefern können, vergehen mindestens 20, 30 Jahre.

So will er zwei Prozent der Fläche mit Windrädern zupflastern. Das klingt wenig, ist aber viel, weil es so viele freie Flächen in der dicht besiedelten Bundesrepublik gar nicht mehr gibt. Vor dem letzten Schritt, in Berlin Tausende von Windrädern hinzupflanzen, schreckt er zurück.

Habeck bedient die Klage der Investoren, die mit dem Bau von Windrädern prächtig verdienen wollen, es gebe zu wenige Flächen für weitere Windräder in Deutschland. Deshalb sollen mehr „Flächenpotenziale“ für Windräder erschlossen werden. Im Klartext: Windräder dürfen näher an Städte und Gemeinden rücken. Konkret fallen soll die Sicherheitsvorschrift, dass in einem Umkreis von Drehfunkfeuern und Wetterradar keine störenden Bauten errichtet werden dürfen. Diese Funkfeuer sind so etwas wie Leuchttürme, die Strahlen aussenden, an denen Piloten ihre genaue Position bestimmen können. Ziemlich schlecht,

wenn zum Beispiel beim Anflug auf Frankfurt ein Airbus in Schwierigkeiten gerät, weil die Positionssignale durch rotierende Windräder irritiert werden.

Unwichtig geworden ist auch militärisches Radar, die Bundeswehr bringt sowieso kaum noch Flugzeuge in die Luft. Von Windrädern gestörte Wetterradarsignale werden offenbar nach Habecks Ansicht auch überbewertet.

Nichts steht über jene bayerische 10H-Sonderregel in dem Papier, nach der Windräder mindestens zehnfach so weit von Siedlungen entfernt stehen müssen, wie sie hoch sind. Das schafft einen gewissen Abstand. Nur die bayerischen Kommunen können selbst entscheiden, wie sie mit der Regel verfahren. Habeck sagt nicht, ob er über eine Bundeskeule den Bayern diese Regel austreiben will. Das würde so einfach nicht werden.

Insofern nichts Neues. Was bleibt für die, die eigentlich das Geld für all die Pläne erwirtschaften soll, die Industrie? Die wandert zum großen Teil ab, verlagert ihre Produktion ins Ausland. Der Teil, der im Lande bleibt, soll mit reichlich Geld zum Schweigen gebracht werden. „Für den Einstieg in klimaneutrale Produktionsverfahren benötigt die Industrie einen verlässlichen Förder- und Investitionsrahmen“ – das bedeutet im Klartext, dass viel Staatsgeld in die Unternehmen fließt, die fleißig dem grünen Klimawahn applaudieren und künftig Habeck hochleben lassen.

Eine Umstellung auf sogenannte Wasserstoffwirtschaft wäre nach Einschätzung eines Experten des Stahlherstellers Salzgitter übrigens von der Dimension her vergleichbar mit dem Wiederaufbau Deutschlands nach den Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges. Das, so darf man getrost annehmen, liegt weit außerhalb der Reichweite jeder Ampel-Regierung.

Cambridge University befürwortet Tyrannei im Namen des Klimawandels

geschrieben von Chris Frey | 13. Januar 2022

[Anthony Watts](#)

Ein kürzlich von der Cambridge University Press veröffentlichtes [Papier](#) mit dem Titel Political Legitimacy, Authoritarianism, and Climate Change (Politische Legitimität, Autoritarismus und Klimawandel) wirft ernste und besorgniserregende Fragen über die Rolle der Wissenschaft in unserer nationalen politischen Debatte über den Klimawandel auf.

Der Artikel wurde von Ross Mittiga verfasst, der sich selbst als

„Assistenzprofessor für politische Theorie an der [Pontificia Universidad Católica de Chile](#), spezialisiert auf Klimaethik“ bezeichnet. Er bezeichnet sich selbst auch als „Umweltschützer, Veganer und gelegentlicher Querulant“.

Mittigas Papier argumentiert ausdrücklich, dass die Gesellschaft dem Klimaschutz Vorrang vor demokratischen Prinzipien einräumen und eine autoritäre Regierung einsetzen muss, wenn die Gesellschaft es versäumt, politisch gegen den Klimawandel vorzugehen. Oder, mit den Worten der politischen Linken: „my way or the highway“.

Dies ist beunruhigend, weil es den Willen des Volkes zur Selbstverwaltung völlig ignoriert und einen totalitären Ansatz bevorzugt, um das zu bewältigen, was Mittiag als „Klimakrise“ bezeichnet.

Die wichtigsten Punkte des Papiers in der Zusammenfassung:

Ist autoritäre Macht jemals legitim? Die zeitgenössische politiktheoretische Literatur, in der Legitimität größtenteils in Form von Demokratie oder Grundrechten konzeptualisiert wird, scheint dies zu verneinen. Ich behaupte jedoch, dass es einen weiteren, übersehenen Aspekt der Legitimität gibt, der die Fähigkeit einer Regierung betrifft, Sicherheit zu gewährleisten. Während unter normalen Bedingungen die Aufrechterhaltung von Demokratie und Rechten in der Regel mit der Gewährleistung von Sicherheit vereinbar ist, kann es in Notsituationen zu Konflikten zwischen diesen beiden Aspekten der Legitimität kommen, was auch häufig geschieht. Ein herausragendes Beispiel hierfür ist die COVID-19-Pandemie, bei der strenge Einschränkungen der Freizügigkeit und der Vereinigungsfreiheit zu legitimen Methoden der Regierung wurden. Der Klimawandel stellt eine noch schwerwiegendere Bedrohung für die öffentliche Sicherheit dar. Folglich, so argumentiere ich, könnte die Legitimität einen ähnlich autoritären Ansatz erfordern. Dies ist zwar beunruhigend, zeigt aber die politische Bedeutung von Klimaschutzmaßnahmen. Denn wenn wir vermeiden wollen, dass autoritäre Macht legitimiert wird, müssen wir handeln, um zu verhindern, dass Krisen entstehen, die nur durch solche Mittel gelöst werden können.

Das Problem mit Mittigas Arbeit ist, dass er keinen einzigen Hinweis oder Beweis dafür liefert, dass eine „Klimakrise“ tatsächlich existiert. Es scheint, dass er einfach davon ausgeht, dass es sich dabei um eine Tatsache handelt, die auf der Häufigkeit politischer Diskussionen beruht, in denen der Begriff seit einigen Jahren verwendet wird.

Wenn es tatsächlich eine „Klimakrise“ gäbe, dann gäbe es Daten über die Auswirkungen des Menschen, die diese Behauptung stützen. Mittiga führt jedoch keine solchen Beweise an.

Dieser Mangel an Beweisen hat ihn jedoch nicht davon abgehalten, diese kühne Behauptung aufzustellen:

„Ein hervorstechendes Beispiel dafür ist die COVID-19-Pandemie, bei der strenge Einschränkungen der Freizügigkeit und der Vereinigungsfreiheit zu legitimen Methoden der Regierung wurden. Der Klimawandel stellt eine noch größere Bedrohung für die öffentliche Sicherheit dar.“

Wir sollten in der Lage sein, die „schwerwiegende Bedrohung der öffentlichen Sicherheit“ zu testen, die die „Klimakrise“ angeblich verursacht.

Wenn die weltweite „Klimakrise“ die öffentliche Sicherheit beeinträchtigen würde, wäre mit Sicherheit ein Anstieg der weltweiten Todesfälle im Zusammenhang mit angeblich klimabedingten Ereignissen zu verzeichnen. Um festzustellen, ob dies der Fall ist, wenden wir uns den Daten zu, die von der vertrauenswürdigsten globalen Datenbank über Ereignisse, die zu Todesfällen führen, gesammelt wurden, der [International Disaster Database](#).

Diese Datenbank umfasst alle Arten von Naturkatastrophen, einschließlich meteorologischer, hydrologischer, geologischer und vulkanischer Katastrophen.

Dr. Bjorn Lomborg hat seit 1920 klimabezogene Katastrophen in der Datenbank erfasst. Dazu gehören Überschwemmungen, Dürreperioden, Stürme, Waldbrände und extreme Temperaturen.

Seine Schlussfolgerung aus den Daten ist klar und einfach: Immer weniger Menschen sterben heute an vermeintlich klimabedingten Naturkatastrophen.

Wie in der Abbildung zu sehen, ist der Trend eindeutig:

Climate-related Deaths: 1920-2021

Deaths have declined precipitously because richer and more resilient societies reduce disaster deaths and swamp any potential climate signal

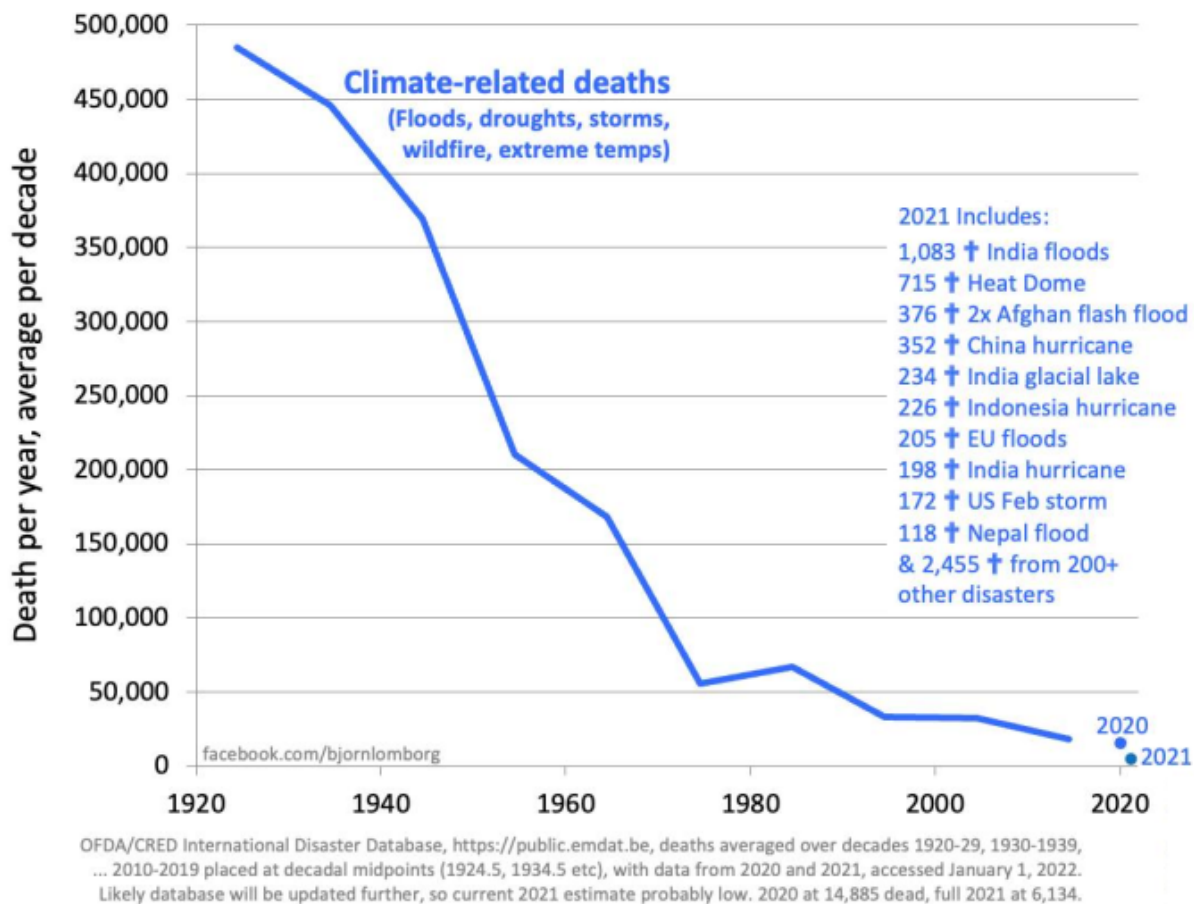


Abbildung: Diese Grafik von Dr. Bjorn Lomborg zeigt uns, dass unser gestiegener Wohlstand und unsere erhöhte Anpassungsfähigkeit alle potenziellen negativen Auswirkungen des Klimas bei weitem überschattet haben. Aktualisiert aus Lomborgs von Experten begutachtetem Artikel aus dem Jahr 2020.

Lomborg [schreibt](#):

In den letzten hundert Jahren sind die jährlichen klimabedingten Todesfälle um mehr als 96 % zurückgegangen. In den 1920er Jahren starben im Durchschnitt 485.000 Menschen pro Jahr durch klimabedingte Katastrophen. Im letzten vollen Jahrzehnt (2010-2019) waren es durchschnittlich 18.362 Tote pro Jahr, also 96,2 % weniger.

Dies gilt sogar für das Jahr 2021 – trotz atemloser Klimaberichterstattung starben in diesem Jahr fast 99 % weniger Menschen als vor hundert Jahren.

Warum wird darüber nie berichtet?

Im ersten Jahr des neuen Jahrzehnts, 2020, war die Zahl der Toten mit 14.885 sogar noch geringer – 97 % weniger als im Durchschnitt der 1920er Jahre.

Für das Jahr 2021, das nun abgeschlossen ist, ergibt sich eine noch niedrigere Gesamtzahl von 6 134 Toten, was einem Rückgang von 98,7 % seit den 1920er Jahren entspricht.

Die Medien berichteten im Jahr 2021 über zahlreiche tödliche Wetter- und Klimakatastrophen – die tödliche [Hitzewelle](#) in den USA und Kanada, riesige [Waldbrände](#) im Westen der Vereinigten Staaten, der [Tornadoausbruch](#) in den Vereinigten Staaten im Dezember 2021, großflächige [Überschwemmungen](#) in Europa und der [Wintersturm](#) am Valentinstag. Alle diese Ereignisse und die damit verbundenen Todesfälle sind in der Katastrophen-Datenbank und in der Grafik enthalten.

Und es gibt noch weitere Katastrophen. Viele Menschen im Westen haben nie Medienberichte über die katastrophalen Überschwemmungen in Indien während des Monsuns gesehen, bei denen mehr als tausend Menschen [ums Leben kamen](#). Oder die [Sturzfluten](#) in Afghanistan, bei denen Dutzende von Menschen starben. Oder die Taifune, die [China, Vietnam, Indonesien](#) und [Indien](#) heimsuchten und insgesamt 776 Menschen töteten. Die Datenbank enthält außerdem mehr als 200 weitere Katastrophen im Jahr 2021.

Es gibt eine bekannte Verzerrung in der Datenbank, in der viel mehr über Todesfälle durch Hitze berichtet wird, aber eine aktuelle wissenschaftliche Studie der angesehenen medizinischen Fachzeitschrift *The Lancet* [berichtet](#), dass weltweit die Todesfälle durch Kälte im Verhältnis 9:1 überwiegen, was darauf hindeutet, dass die „globale Erwärmung“ kein so großes Problem für die menschliche Sterblichkeit ist, wie uns gesagt wird.

Die Zahl der gemeldeten Wetterkatastrophen nimmt zu, aber das ist vor allem auf die bessere Berichterstattung und die bessere Zugänglichkeit zurückzuführen, d. h. auf den [24/7/365-CNN-Effekt](#). Nur weil heute mehr über solche Ereignisse berichtet wird, bedeutet das nicht, dass mehr Ereignisse zu mehr Todesfällen führen. In den Daten ist sogar das Gegenteil zu beobachten.

Die in der Abbildung dargestellten Mortalitätsdaten zeigen, dass die Zahl der Todesfälle im Zusammenhang mit Katastrophen zurückgegangen ist, und zwar drastisch. Das liegt daran, dass unsere wohlhabenderen, technologisch fortgeschrittenen und widerstandsfähigeren Gesellschaften viel besser in der Lage sind, vor solchen Ereignissen zu warnen, ihre Bürger zu schützen und Schäden und Todesfälle zu begrenzen. Jüngste [begutachtete](#) wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, dass ein „abnehmender Trend sowohl bei der menschlichen als auch bei der wirtschaftlichen Verwundbarkeit zu beobachten ist“.

Ich frage also: Wo ist die so genannte „Klimakrise“, die von Mittiga in der Cambridge University Press als Gewissheit dargestellt wird?

[Hervorhebung im Original]

Laut der Katastrophen-Datenbank gibt es überhaupt keine „Klimakrise“. Tatsächlich hat sich die Sterblichkeit in den mehr als 40 Jahren mäßiger Erwärmung, in denen uns gesagt wurde, dass die globale Erwärmung alias der „Klimawandel“ die Lage der Menschen verschlechtern wird, dramatisch verbessert.

Trauriger- und erschreckenderweise, wie Mittiga in der Cambridge University Press illustriert, macht sich die grün-sozialistische Linke zunehmend die Tyrannei in Form von autoritärer Macht zu eigen, um ihren Standpunkt zum Klimawandel durchzusetzen. Aber die realen Daten stützen eindeutig nicht ihren Standpunkt, geschweige denn ihren Aufruf zum Handeln.

Link:

<https://wattsupwiththat.com/2022/01/06/cambridge-university-is-pushing-for-tyranny-in-the-name-of-climate-change/>

Übersetzt von [Christian Freuer](#) für das EIKE